

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

FÜR EINEN NEUEN BLICK AUF DAS ÄLTERWERDEN

Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise
in Frankreich

Chloé Morin, Daniel Perron
August 2020



Das Sterben vieler älterer Menschen während der Covid-Krise hat in Frankreich ein Nachdenken über den Umgang mit dem Älterwerden angestoßen. Hinterfragt wird die Grenzziehung zwischen einer »gesunden«, »aktiven« Gesellschaft und den »gebrechlichen«, »passiven« Alten.



Die Covid-Pandemie offenbarte, wie sehr wir gewohnt sind, das Sterben der Alten und ihre Pflege im Verborgenen geschehen zu lassen.



An die Stelle der vorherrschenden wirtschaftlichen Sicht auf das Älterwerden sollte eine menschliche Sicht der Fürsorge treten.

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

FÜR EINEN NEUEN BLICK AUF DAS ÄLTERWERDEN

Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise
in Frankreich

Trauerprozessionen waren in der Zeit der Ausgangsbeschränkungen, die zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie verhängt waren, kaum sichtbare Handlungen. Die zahlreichen Todesopfer mussten – wie auch aus anderen Gründen Verstorbene – im engsten Familienkreis beerdigt werden. Ob reich oder arm, mächtig oder unbekannt: Während wir zu Hause »eingesperrt« waren, wurden wir Zeugen, wie Tausende unserer Mitbürger_innen starben – bisweilen auch Freunde oder Bekannte. Wir waren fassungslos angesichts der Brutalität und Plötzlichkeit der Krise. Wir hofften auf den Moment, in dem die Lage wieder unter Kontrolle und ein Gedenken vor den Grabstätten möglich wäre.

Für eine Lockerung der Kontaktsperrungen brauchten wir einen Zeitplan, Prioritäten und Strategien, um die mögliche Überlastung unseres Gesundheitssystems durch eine befürchtete zweite Welle zu vermeiden. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat in seiner Ansprache am 13. April 2020 dafür einige Perspektiven aufgezeigt: Neben der Öffnung der Schulen und der Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit benannte er einen Punkt, der seither heftige Debatten ausgelöst hat: Wie kann die Kontaktsperrung für »Risiko­gruppen« wie ältere Menschen aufgehoben werden, die am häufigsten zu Opfern dieser Pandemie werden?

Schon Aischylos warnte: »Leiden [...] stößt dem Sterblichen halt zu, [...] wenn das Leben weit sich in die Länge spannt«.¹ Müssen wir die Ausgangssperre für die Älteren aufrechterhalten, um sie zu schützen, auch vor ihrem eigenen Freiheitsdrang und, wenn nötig, durch Zwang? Das Argument der Rechtsstaatlichkeit, die jede diskriminierende Maßnahme verbietet – und damit jede allgemeine Altersgrenze –, hätte die Debatte umgehend beenden können. Stattdessen rüttelte diese Frage viele Menschen auf, vor allem die Betroffenen, da hier etwas ganz Grundsätzliches angesprochen wird – nämlich der Platz, den das Altern in unserer Gesellschaft einnimmt, und die Art und Weise, wie ältere Menschen behandelt werden, die mit einer altersabhängigen Ausgangssperre quasi unter Vormundschaft gestellt würden, als seien sie geschäftsunfähig und wüssten nicht, was gut für sie sei.

Bevor Macron die Debatte am 17. April nach nur vier Tagen wieder beendete, meldeten sich zahlreiche Stimmen zu Wort

und betonten nachdrücklich, dass das Alter keine Schwäche sei. Der Soziologe Serge Guérin verwies auf die »Gefahr einer generationenbezogenen Apartheid«². Die Psychologin Marie de Hennezel sprach sich gegen eine Altersgrenze aus und wies auf den Denkfehler hin, das Alter als Zeichen allgemeiner Gebrechlichkeit zu betrachten. »In Wirklichkeit gehen Alter und Gebrechlichkeit nicht notwendigerweise Hand in Hand«, sagte sie am 16. April 2020 und betonte, man müsse zwischen den rüstigen und den gebrechlichen Alten unterscheiden.

Tatsächlich zeichnet sich hinter dieser Debatte eine weitere, noch grundlegendere ab, die wir zweifellos viel zu lange unter den Teppich gekehrt haben. Es geht darum, welchen Platz wir dem Älterwerden in unseren Gesellschaften einräumen, wenn das Altern nicht mehr als Chance auf ein langes Leben, sondern als Handicap betrachtet wird, das die Alten daran hindert, dem geltenden Primat der Schnelligkeit und der ständigen Bewegung zu folgen, das uns allen abverlangt wird. Wie schon bei der Ausbeutung der Natur durch den Menschen³ offenbart uns auch COVID-19 unsere kollektiven Reflexe und Schwachstellen.

Die höhere Lebenserwartung, die in den meisten Industrieländern bei um die 80 Jahren liegt, ist zu einem Symbol unserer Modernität und unseres sozialen und technologischen Fortschritts geworden. Die Corona-Krise hat jedoch einen Widerspruch offengelegt: Auf der einen Seite messen wir dem Leben und einer hohen Lebenserwartung große Bedeutung bei und legen sogar die Wirtschaft lahm, um Leben zu retten – ein einmaliger und umso bemerkenswerterer Vorgang –, aber wie betrachten und behandeln wir auf der anderen Seite ältere Menschen?

Wir müssen uns eingestehen, dass wir in unserer Gesellschaft ausgerechnet die alten Menschen, denen wir zwar sehr verbunden sind, die jedoch nicht mehr unserem Lebensstil, unserem Konsumverhalten sowie unseren Schönheits- und Produktivitätsansprüchen entsprechen, ohne schlechtes

¹ Aischylos, *Die Perser*.

² Serge Guérin (2020): »Faut-il prolonger le confinement des seniors?«, in: *BFM TV*, 17. April 2020.

³ Vgl. Daniel Perron/Geneviève Rey, *One Health: Repenser nos usages de la nature. Une perspective forestière*, Fondation Jean-Jaurès, erscheint in Kürze.

Gewissen in Pflegeheime abschieben und sie damit aus dem Blickfeld verbannen.

Seit einigen Jahren scheint bereits der Gedanke an das Altern als Tabu einer Lebenseinstellung zu gelten, die den Tod offenkundig aus dem Blick des Menschen verdrängt, den er als eine Grenze erlebt, die nicht nur verschoben, sondern gänzlich abgeschafft werden sollte – als wolle man den Menschen aus seiner ursprünglichen Tierhaftigkeit befreien, in der er seit Darwin feststeckt. Lifting, Training, spezielle Ernährung – auf verschiedene Weise wird versucht das Unausweichliche hinausschieben: den Übergang von körperlicher Robustheit zur Gebrechlichkeit, die nichts anderes ist als der erste Schritt ins Grab. Eine *augmented humanity* verheißt uns, durch die Überwindung unserer körperlichen Natur den Tod zu besiegen.

Unser Verhältnis zum Alter, das durch verschiedene politische Instrumente (Rente, Invalidität, Gesundheitsschutz etc.) versachlicht ist, ist geprägt von einer regelrechten Ideologie, die in der Corona-Krise offenkundig wurde, zu der sich unsere Gesellschaft aber nicht bekennt. Dieser Ideologie zufolge ist das Altern ein beständiger Niedergang des vermeintlichen sozialen Nutzens jedes Einzelnen. Und dieser soziale Nutzen steht wiederum in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wert, der dem Einzelnen zugesprochen wird.

Wie der Soziologe Alain Mergier gezeigt hat, ist der Renteneintritt der klassische Zeitpunkt für einen sozialen Abstieg – zumindest wird dies von einem Teil der Betroffenen so erlebt oder zumindest befürchtet. Doch schon vor dem Renteneintritt findet ein altersbedingter Abstieg bzw. eine Herabstufung unter den Erwerbstätigen statt – und zwar der älteren Mitarbeiter_innen, deren Erfahrung nicht mehr ausreicht, um den vermeintlichen Mangel an Flexibilität, Produktivität und Schnelligkeit auszugleichen, und die zunehmend schon vor dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand »getrieben« werden. Ihr »Verfallsdatum« rückt dabei immer weiter nach vorne: Heutzutage ist es nicht ungewöhnlich, dass man in einem Unternehmen bereits als »zu alt« gilt, wenn man die 45 überschritten hat. Darüber hinaus gibt es auch innerhalb der Gruppe der Rentner_innen selbst eine Form der »Verbannung«, wenn das Alter zunehmend mit Krankheit und Tod in Verbindung gebracht wird, wie es Céline Lafontaine erklärt.⁴ Diese drei Stufen des Abstiegs sollen hier als Ausprägungen einer Ideologie dargestellt werden, die unser Verhältnis zum alternden Individuum zunehmend prägt.

DIE ERSTE STUFE DES ABSTIEGS: DIE BEHANDLUNG VON ÄLTEREN MENSCHEN IN DER ARBEITSWELT

Bei genauerer Betrachtung ist unser Verständnis vom Alter als einer von Leistungseinschränkungen und sozialer Herabstufung geprägten Lebensphase symptomatisch für eine Gesellschaft, deren Kriterien für die wirtschaftliche und soziale Integration in erster Linie an Schnelligkeit und permanenter Anpassungsfähigkeit ausgerichtet sind – eben nicht gerade Merkmale der körperlichen und geistigen Alterung.

An dieser Stelle muss an eine offensichtliche Tatsache erinnert werden: Arbeit ist stets begleitet von Anstrengung, Schmerz und Verschleiß. Historiker_innen kennen das Verhältnis von *labor* und *dolor* im Mittelalter gut.⁵ Der Anthropologe Jean-Didier Urbain bringt diesen Zusammenhang auf den Punkt: »Wann immer die Forderung nach Leistung oder Tempo erhoben wird, verweist der Begriff »Arbeit« auf die Vorstellung einer zwangsläufig tödlichen Beanspruchung und in einem bestimmten Kontext sogar einer aufopfernden tödlichen Beanspruchung.«⁶ Verborgener hinter den objektiven individuellen Zielen der Emanzipation und Selbstverwirklichung wird mit dem Alter und dem Vorwurf des Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit zunehmend die »tödliche Seite der Arbeit« sichtbar, an die Urbain erinnert. Diese Ausgrenzung aus der Arbeitswelt kann somit als »sozialer Tod« erlebt werden – als Beginn des endgültigen Abstiegs.

Die Statistiken zum französischen Arbeitsmarkt sind in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich. Die Beschäftigungsquote der Männer für das Jahr 2018 reichte von 85 Prozent in der Altersgruppe der 50- bis 54-Jährigen über 75,5 Prozent bei den 55- bis 59-Jährigen bis hin zu gerade einmal 30,9 Prozent bei den 60- bis 64-Jährigen.⁷ Dieser Rückgang ist drastisch. Das Rentenalter (das derzeit in Frankreich bei 62 Jahren liegt) erklärt ihn zwar zum Teil, aber nicht vollständig.

In seinem Schreiben vom 23. Juli 2019 an Premierminister Édouard Philippe wies der französische Rechnungshof auf »eine Armutsgefährdung älterer, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossener Menschen sowie die damit steigenden Kosten für die Solidargemeinschaft« hin.⁸ Der Rechnungshof zeigte sich besorgt über die niedrige Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen und die Tatsache, dass diese im Fall von Arbeitslosigkeit nur schwer eine neue Stelle finden: »Infolge der seit Anfang der 2000er-Jahre erfolgten Rentenreformen ist die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen zwar deutlich angestiegen: von 36,4 Prozent im Jahr 2003 auf 52,3 Prozent im ersten Quartal 2019. Dennoch liegt sie immer noch unter dem EU-Durchschnitt (59,1 Prozent), was auf die nied-

⁴ Vgl. insbesondere Céline Lafontaine (2008): *La société post-mortelle*, Paris, Seuil.

⁵ Vgl. die eindrucksvolle Analyse von Alain Supiot (1994): *Critique du droit du travail*, Paris, Presses universitaires de France.

⁶ Jean-Didier Urbain (1998): *L'Archipel des morts*, Paris, Payot, S. 89.

⁷ Vgl. Dares (2020): *Tableau de bord, Activité des seniors et politiques d'emploi*; https://dares.travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/dares_tableau_bord_seniors_janvier_2020.pdf

⁸ <https://www.ccomptes.fr/system/files/2019-10/20191010-referre-S2019-1878-fins-de-carriere.pdf>

rige Beschäftigungsquote in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen zurückzuführen ist (32,2 Prozent im Vergleich zu 45,1 Prozent im EU-Durchschnitt). Ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Arbeitswelt führt häufig zu einer Phase der Nichterwerbstätigkeit am Ende der beruflichen Laufbahn, nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit und bevor Rentenansprüche geltend gemacht werden können.«

Für den Rechnungshof hat dies zwei Gründe: einerseits der Verzicht auf eine Politik zur Förderung der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmer_innen und andererseits die fehlenden Bereitschaft der Unternehmen, auch ohne starke öffentliche Anreize zu handeln. Das Altersmanagement erweist sich als Stiefkind der Arbeitsmarktpolitik: »Das Arbeitsministerium geht davon aus, dass die Unternehmen das Thema Altersmanagement selbst in ihre Vereinbarungen über die Personal- und Qualifikationsbedarfsplanung einbeziehen. Da jedoch Anreize fehlen und es auch keine freiwilligen Vereinbarungen gibt, haben die Unternehmen in den letzten Jahren in dieser Frage wenig unternommen.« Es ist bedenklich ist, dass offenkundig viele der Meinung sind, die öffentliche Hand trage die Verantwortung dafür, dass ältere Arbeitnehmer_innen in Beschäftigung bleiben – als würden diese von den Unternehmen zwangsläufig als Ballast empfunden. Der Präsident des Unternehmerverbandes MEDEF, Geoffroy Roux de Bézieux gestand dies indirekt ein, als er in der Debatte über die Rentenreform dem Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds CFDT, Laurent Berger, antwortete, dass »es derzeit keinen Anreiz für Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen gebe, das Arbeitsverhältnis fortzusetzen«⁹.

Tatsächlich scheinen das Gehalt der älteren Angestellten und ihre angeblich geringere Leistungsfähigkeit die wahren Gründe zu sein, weshalb Unternehmen diese Mitarbeiter_innen nicht mehr beschäftigen wollen. Hinzu kommt eine objektive Tatsache, nämlich die mit fortschreitendem Alter zunehmende Zahl von Krankmeldungen. So wies Roux de Bézieux im Oktober 2018 darauf hin, dass »ältere Arbeitnehmer häufiger und länger als andere Mitarbeiter krankgeschrieben werden. Infolgedessen sind die Leistungen beim Krankentagegeld bei den über 50-Jährigen stark angestiegen (+ 21,2 %). Und diese Zahl wird noch weiter steigen.«¹⁰

Lohnsenkungen können diese Senior_innen verständlicherweise nur schwer akzeptieren, sehen sie sich doch in einer »libidinalen« Wirtschaft ihrer geplanten Obsoleszenz gegenüber.¹¹ Diese Sicht ist so wirkungsmächtig, dass der französische Arbeitgeberverband *Medef* bereits vorgeschlagen hat, dass es Unternehmen erlaubt werden sollte, über 55-jähri-

gen Mitarbeiter_innen ein niedrigeres Gehalt als in ihrer bisherigen Beschäftigungszeit zu zahlen – die Differenz solle dann von der französischen Arbeitsagentur *Pôle Emploi* ausgeglichen werden.¹² Die Beschäftigung und Gehaltsfortzahlung von älteren Arbeitnehmer_innen bis zum Renteneintritt würde damit zu einem Teil der Sozialpolitik, die eine Art altersbedingte Entschädigung für ältere Arbeitnehmer_innen leisten müsste. Besser kann man den ökonomischen und sozialen Abstieg der älteren Arbeitnehmer_innen nicht ausdrücken, die dann nur noch so viel produktiven Nutzen hätten, wie die Solidargemeinschaft ihnen ermöglicht.

Hier lässt sich auch ein Auseinanderdriften der Werte in der Arbeitswelt beobachten: auf der einen Seite die älteren Arbeitnehmer_innen, die an Wert verlieren, und demgegenüber die Arbeitgeber_innen, die mit zunehmendem Alter an Kompetenz und Wert gewinnen. In dem Zusammenhang ist es interessant, das Durchschnittsalter der älteren Arbeitnehmer_innen mit dem der Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften zu vergleichen: letzteres liegt bei 54 Jahren.¹³

Der Gesetzgeber hat allerdings bereits darauf hingewiesen, wie wichtig das Thema sei: So heißt es in Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Dezember 2015 über die Anpassung der Gesellschaft an die Alterung, dass »die Anpassung der Gesellschaft an die Alterung ein nationales Gebot und ein vorrangiges Ziel aller staatlichen Politikbereiche ist«. Allerdings stellt das Gesetz vor allem auf den Verlust der Autonomie ab und reduziert das Thema Alterung damit vor allem auf die letzten Lebensjahre, statt die allgemeine Problematik der alternden Bevölkerung zu berücksichtigen. Bei der Frage der Alterung verdrängt die Politik den Übergang von der Erwerbstätigkeit in die Nichterwerbstätigkeit, reduziert Alterung auf den »Verlust der Autonomie« älterer Menschen und beschränkt sich auf die Behindertenpolitik, Alten- und Pflegeheime, Regelungen für Pflegekräfte und Ähnliches. Das Gesetz bekräftigt damit, wenn auch nur stillschweigend, eine Sicht auf das Alter, in der der Einzelne auf seine produktive Leistung reduziert ist.

Die zwangsweise frühverrenteten, also arbeitslosen »Erwerbstätigen« werden zwar nicht immer zahlreicher, aber doch zumindest für immer längere Zeiträume an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt. So sind 64 Prozent der Langzeitarbeitslosen über 50 Jahre alt. Allein die Stellenanzeigen zeugen davon, dass für einige Unternehmen das Jungsein ein Pluspunkt und Berufserfahrung ein Makel ist, zum Beispiel wenn die Integration des künftigen Neuzugangs in ein »junges und dynamisches Team« angepriesen wird. Dies ist nicht mehr weit von einer »Diskriminierung bei der Einstellung« gemäß Artikel L.1132-1 des Arbeitsgesetzbuchs

⁹ Geoffroy Roux de Bézieux (2019): »Die Unternehmen müssen große Anstrengungen bei der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern machen«, in: *Europe 1*, 28. Oktober 2019; <https://www.europe1.fr/politique/geoffroy-roux-de-bezieux-les-entreprises-auront-a-faire-un-gros-effort-sur-lemploi-des-seniors-3927954>

¹⁰ Geoffroy Roux de Bézieux im *Figaro* (2018): »L'effort doit être collectif«, in: *Medef*, 17. Oktober 2018; <https://www.medef.com/fr/actualites/geoffroy-roux-de-bezieux-au-figaro-leffort-doit-etre-collectif>

¹¹ Vgl. Jean-François Lyotard (1974): *L'Économie libidinale*, Paris, Les Éditions de Minuit; Gilles Dostaler/Bernard Maris (2009): *Capitalisme et pulsion de mort*, Paris, Albin Michel.

¹² Vgl. Anaïs Bouissou (2019): »Chômage: la proposition choc du Medef pour favoriser l'emploi des seniors«, in: *RTL*, 19. April 2019; <https://www.rtl.fr/actu/politique/chomage-proposition-choc-medef-contre-inemploi-seniors-7797460207>

¹³ Wobei dieses aufgrund der hinzugekommenen – oft jüngeren – Frauen in den letzten Jahren noch gesunken ist. Vgl. Gesetz Nr. 2011-103 vom 27. Januar 2011 über die gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in Verwaltungs- und Aufsichtsräten und über berufliche Gleichstellung, Art. 225-18-1.C.

entfernt. Laut dem Jahresbericht des Vereins *Solidarités nouvelles face au chômage* unterstellen die Personalverantwortlichen neben einem angeblichen Mangel an Anpassungsfähigkeit auch, dass ältere Kandidat_innen sich schwieriger in junge Teams integrieren ließen¹⁴, schwieriger zu führen und (bei gleicher Qualifikation) teurer seien.¹⁵ Interessant ist auch, dass bei Angestellten zwei oder drei Jahre vor dem gesetzlichen Rentenalter die einvernehmlichen Beendigungen von Arbeitsverträgen 25 Prozent der beendeten unbefristeten Verträge ausmachen – im Vergleich zu 16 Prozent bei jüngeren Angestellten, wie Jean-Paul Domergue, einer der Autoren des Berichts, hervorhebt.¹⁶

DIE ZWEITE STUFE DES ABSTIEGS: DER EINTRITT IN DEN RUHESTAND

Unsere Sicht auf das Alter ist zunehmend von einer engen wirtschaftlichen Perspektive geprägt, welche die Bürger_innen auf bloße Arbeitskräfte reduziert. Dabei werden den Arbeitnehmer_innen grundsätzlich Eigenschaften zugeschrieben, die für das Unternehmen einen mit der Zeit abnehmenden Grenznutzen haben. Anders ausgedrückt hat das Alter einen ökonomischen Wert, der ab einem bestimmten Zeitpunkt negativ wird.

In dieser Sichtweise markiert der Eintritt in den Ruhestand eine wichtige Wegmarke – in Frankreich vielleicht noch mehr als anderswo. Obwohl viele Erwerbstätige dem Ruhestand wie einem goldenen Zeitalter entgegensehen, das für Muße und die Befreiung von den Lasten der Arbeit steht, insbesondere den Strapazen, dem psychischen Druck, aber auch der mangelnden Anerkennung, wird diese Wegmarke von den Betroffenen längst nicht nur als Erleichterung empfunden. Louis-Vincent Thomas zufolge »wird trotz der steigenden Lebenserwartung und der Möglichkeiten, das Renteneintrittsalter vorzulegen, der Ruhestand oft mit Altsein im sozialen Sinne gleichgesetzt«¹⁷.

Denn obwohl es vielen in dieser neuen Lebensphase gut geht und sie nicht das Gefühl haben, mit dem Übergang in die Nichterwerbstätigkeit »alt zu werden«, erleben Rentner_innen dennoch, wie sie von der Gesellschaft – insbesondere und in zunehmendem Maße von der Geschäftswelt und der Politik – plötzlich anders wahrgenommen werden. Darüber erwecken Statistiken den Eindruck, dass, wenn vom »Alter« die Rede ist, vorrangig Rentner_innen gemeint sind. Dabei sind die Rentner_innen eine große und sehr heterogene Be-

völkerungsgruppe, sowohl in Bezug auf ihre soziale und wirtschaftliche Situation als auch auf ihren Gesundheitszustand. Nach Angaben der *Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques* (DREES) gab es in Frankreich Ende 2016 – die Bezieher_innen von Hinterbliebenenrente mit eingerechnet – mehr als 17 Millionen Rentner_innen.¹⁸ Im Jahr 2030 wird es insgesamt 20 Millionen Menschen im Alter von 60 Jahren und darüber geben, im Jahr 2060 fast 24 Millionen.

Diese von der Wirtschaftswelt, aber auch von der Politik vorgenommene Assoziierung von »Alter« mit »Ruhestand« sollte hinterfragt werden: Der Ruhestand entspricht nicht in erster Linie einem bestimmten Alter oder Gesundheitszustand, sondern dem Wechsel des sozialen Status. Ältere Personen wären so vor allem »unproduktiv« entsprechend der Logik des Arbeitsmarktes. Ähnlich wie die erste Stufe des sozialen Abstiegs, der von den Betroffenen oft leidvoll als Herabstufung empfunden wird, stellt in einem Land, in dem die Arbeit mehr als anderswo eine integrative soziale Funktion besitzt und dem Einzelnen erlaubt, seinen Platz in der Gesellschaft einzunehmen, der Übergang in den Ruhestand eine Art zweite »Verbannung« dar – bzw. die erste, für diejenigen, die ihre berufliche Laufbahn als Erwerbstätige beenden konnten.¹⁹

Und so pendelt der Diskurs in Politik und Wirtschaft sehr häufig zwischen zwei Extremen hin und her: Auf der einen Seite wird Empathie bekundet und Aussagen über unsere älteren Mitbürger_innen sind voll von edlen Gefühlen, die jedoch oft in Wehklagen abgleiten, vermutlich um ein diffuses schlechtes Gewissen zu beschwichtigen, das durch die einvernehmliche, kollektive soziale Abwertung entstanden ist: Wie bei jeder Person, die als von Natur aus »fragil« gilt, werden in langatmigen Reden die – tatsächlichen – positiven Eigenschaften unserer älteren Mitbürger_innen wie Weisheit, Erfahrung und der Sinn für den Austausch zwischen den Generationen betont. Da dieser Diskurs alle einbeziehen möchte, werden sowohl die Komplexität der eigentlich heterogenen Gruppe als auch die Mängel, die doch jeder Mensch hat, geleugnet. Paradebeispiele dafür sind die gütige Großmutter und wunderbare Köchin oder der Großvater, der mutig im Krieg gekämpft hat und hinter seiner Raubeinigkeit und Schweigsamkeit ein großes Herz verbirgt. Die Funktion der Rentner_innen wird darauf reduziert, ein Objekt der Liebe ihrer Nachkommen zu sein.

Das andere Extrem, das angeblich genau dieses Pathos vermeiden will, besteht darin, das Alter möglichst positiv darzustellen, wobei es allerdings auf seine wirtschaftliche Dimension reduziert wird. Die Rentner_innen werden so zu ewigen Urlauber_innen, zu Konsument_innen von Waren und

¹⁴ Vgl. Delphine Dauvergne (2019): »Je suis le plus âgé au travail: comment trouver ma place dans une équipe de jeunes ?«, in: *Notre temps*, 20. Dezember 2019; <https://www.notretemps.com/retraite/emploi/le-plus-age-au-travail-trouver-ma-place-dans-une-equipe-de-jeunes,i199320>

¹⁵ Vgl. Barometer des Arbeitsmarktzugangs nach Altersgruppen 2018.

¹⁶ Vgl. Guillaume Le Nagard (2019): »L'impossible retour à l'emploi des seniors au chômage«, in: *Notre temps*, 20. Dezember 2019; <https://www.notretemps.com/retraite/emploi/retour-emploi-chomeurs-seniors,i203103>

¹⁷ Louis-Vincent Thomas (1975): *Anthropologie de la mort*, Paris, Payot, S. 49.

¹⁸ Vgl. DREES (2018): *Les retraités et les retraitées*; https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/retraites_2018.pdf

¹⁹ Vgl. hierzu Jérôme Fourquet/Alain Mergier/Chloé Morin (2018): *Inutilité ou absence de reconnaissance: de quoi souffrent les salariés français ?*, Fondation Jean-Jaurès, 3. Oktober 2018; <https://jean-jaurès.org/nos-productions/inutilite-ou-absence-de-reconnaissance-de-quoi-souffrent-les-salaries-francais>

Dienstleistungen und zur Chance für die »Silver Economy«, als stelle der Konsum den einzigen sozialen Nutzen des Menschen dar, der ihm seine Würde wiedergeben und seinem Leben, das im Laufe der Jahre immer schneller verblasst, einen Sinn verleihen kann.

Zum Beleg dieser These von »auf Konsument_innen reduzierten Alten« sei daran erinnert, dass in Frankreich der mittlere Lebensstandard der Rentner_innen etwas höher liegt als der der Gesamtbevölkerung, während ihre Armutsquote nur halb so hoch ist (6,6 Prozent gegenüber 14,2 Prozent). Nimmt man alle Rentensysteme mit unmittelbarem Anspruch zusammen, betrug die durchschnittliche Rente in Frankreich Ende 2016 monatlich 1.389 Euro brutto.

Dieser zweite Abstieg beruht auf derselben Logik wie der erste: Da die Gesellschaft die Menschen quasi monetarisiert und nur noch aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet, sind sie lediglich Gehälter und Produktionsmittel, Konsument_innen und Produzent_innen. In dieser Logik werden Rentner_innen nur noch zu »halben Bürger_innen«, da sie zwar konsumieren, aber keine monetarisierbaren Güter mehr produzieren. Dies wurde in der Corona-Krise erkennbar: Zwar verloren durch die Ausgangsbeschränkungen zahlreiche Vereine ihre vielen helfenden Hände – Rentner_innen, die sich als Freiwillige engagierten –, doch der Zusammenbruch dieser Ökonomie des sozialen Zusammenhalts und des Teilens, dessen Auswirkungen durch nicht verteilte Mahlzeiten und handlungsunfähige private Vereine durchaus spürbar waren, wurde deutlich seltener kommentiert als der Zusammenbruch der »realen« Wirtschaft.

Woher kommt dieses Bedürfnis, das Alter möglichst positiv darzustellen, obwohl es doch automatisch negative Gefühle und Ängste in uns hervorruft, die wir nur schwer formulieren oder gar ertragen können? Hier zeigt sich, dass unser Verhältnis zum Alter von unserer Sicht auf den Tod geprägt ist. Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaften hat einen zivilisatorischen Wandel in unserem Verhältnis zum Tod bewirkt. Ein deutliches Zeichen dafür ist das massenhafte Sterben in den Altenpflegeheimen und die relative Gleichgültigkeit gegenüber älteren Menschen während der Zeit der Ausgangsbeschränkungen – eine Gleichgültigkeit junger Menschen, die sich von den Ausgangsbeschränkungen zum Schutz der Alten nicht betroffen fühlten, und eine Gleichgültigkeit bei der Ankündigung zur schrittweisen Lockerung der Maßnahmen, von der die alten Menschen als letzte profitieren sollten.

»Während der Tod zu Beginn des 20. Jahrhunderts« – wie Céline Lafontaine erinnert – »noch die Säuglinge in ihren Wiegen und die Wöchnerinnen heimsuchte, hat er jetzt das Aussehen eines gebrechlichen und kränklichen alten Mannes angenommen, der geduldig darauf wartet, dass der Senzenmann kommt und ihn holt.«²⁰ Indem wir eine Ausgangsperre für alte Menschen verhängen, stellen wir auch den

Tod unter Quarantäne. Den Tod wohlgerneht, der bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein vor allem in Form von plötzlichen und manchmal schweren Infektionskrankheiten auftrat. Heutzutage lauert der Tod hingegen viel öfter in degenerativen Erkrankungen, die häufig eine lange Pflegezeit mit sich bringen. Oder nochmals in den Worten von Céline Lafontaine: »Da das Alter mit Tod und Degeneration assoziiert wird, erscheint es als ein Makel, als eine Geißel, die unbedingt bekämpft werden muss.« Zu Recht bemerkt Lafontaine, dass zwischen Alter und Krankheit nicht mehr so deutlich getrennt wird, weshalb wir alle mehr oder weniger bewusst eine Grenze zwischen der »gesunden«, »aktiven« Gesellschaft auf der einen sowie dem Alter auf der anderen Seite ziehen.

DIE DRITTE STUFE DES ABSTIEGS: WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNGSLOSIGKEIT UND FEHLENDE SICHTBARKEIT

Die Zahl der Menschen über 85 Jahre wird von heute 1,4 Millionen auf fünf Millionen im Jahr 2060 steigen. 2016 lebten in Frankreich mehr als 600.000 ältere Menschen in 7.500 Altenpflegeheimen und fast 760.000 pflegebedürftige ältere Menschen erhielten Leistungen eines häuslichen Hilfs- und Betreuungsdienstes. Bis 2050 wird es in Frankreich 2,2 Millionen pflegebedürftige Menschen geben; 2017 waren es 1,3 Millionen.

Vor ihrem Tod waren 40 Prozent der Verstorbenen pflegebedürftig. 60 Prozent der Empfänger_innen staatlicher Pflegebeihilfe (APA) wohnen zu Hause. 21 Prozent der über 85-Jährigen leben in Pflegeeinrichtungen, wobei 50 Prozent der Pflegeheimplätze zum öffentlichen Sektor, 28 Prozent zum privaten gemeinnützigen Sektor und 22 Prozent zum gewinnorientierten Privatsektor gehören.

In der dritten und letzten Stufe des Abstiegs werden unsere Alten in Pflegeeinrichtungen abgeschoben und damit in organisierter Weise der Sichtbarkeit entzogen. Dieser Vorgang ist nicht neu. Die oben zitierte Arbeit von Louis-Vincent Thomas zeigt, wie Alter und Ruhestand in einen Topf geworfen werden. Über die heute in euphemistischer Verwaltungssprache als Pflegeheim bezeichneten Einrichtungen urteilte er in seiner Studie aus den 1970er-Jahren noch härter: Das Altenheim »ist sowohl Folge des sozialen Sterbens als auch dessen perfektioniertes Instrument«. Die Pflegeheime institutionalisieren das Abschieben der Alten und nehmen den Familien, die sich auf diese Weise guten Gewissens der lästig gewordenen Eltern entledigen, und der Gesellschaft, welche die Einrichtungen geschaffen hat, gleichzeitig das Schuldgefühl.²¹ Fast fünfzig Jahre nach dieser Studie haben laut einer Untersuchung der DREES 20 Prozent der Pflegeheimbewohner_innen keine Familie mehr, die sie besucht, was jedoch nur auf fünf Prozent derjenigen zutrifft, die noch zu Hause leben.

²⁰ Céline Lafontaine (2010): »La vieillesse, une maladie mortelle«, in: *Revue internationale de soins palliatifs*, Bd. 25, Nr. 1, 2010, S. 5–9; <https://www.cairn.info/revue-infokara-2010-1-page-5.htm>

²¹ Louis-Vincent Thomas, a. a. O., S. 51.

Die Corona-Krise führt uns diese Art des Abstiegs deutlich vor Augen. So dauerte es zum Beispiel mehrere Wochen, bis in der makabren Zählung unserer Toten die Zahlen der in den Pflegeheimen Verstorbenen zu denen der Krankenhäuser hinzugerechnet wurden. Natürlich lässt sich dies durch praktische Gesichtspunkte erklären. Doch ist hier auch nicht unsere Gewohnheit zu übersehen, das – erwartete – Sterben im Verborgenen geschehen zu lassen und die Pflege an Fachleute zu delegieren, die ohnehin heillos überfordert sind.

Diejenigen, die zwar pflegebedürftig sind und immer schwächer werden, aber noch zu Hause leben, stehen sogar noch weniger im Fokus der Öffentlichkeit und scheinen nur noch auf ihr Ende zu warten. »Derjenige der beiden, der übrig bleibt, findet sich in der Hölle wieder«, sang Jacques Brel, »Ihr seht ihn vielleicht/Ihr seht sie manchmal, im Regen und im Kummer/Die Gegenwart durchqueren/und sich dabei schon entschuldigen, dass sie noch nicht weit weg sind/Und ein letztes Mal flüchten vor der silbernen Standuhr, die im Wohnzimmer tickt/die Ja sagt, die Nein sagt, die zu ihnen sagt ›Ich warte auf dich‹/Die im Wohnzimmer tickt.« Leicht vergessen wir das Ende dieses Liedes: »Die Ja sagt, die Nein sagt und die dann auf uns wartet.«

Wir wollen nicht wahrhaben, dass das Vergessen der Alten bedeutet, uns selbst zu vergessen und uns dazu zu verurteilen, dass unsere Gesellschaft uns die gleiche Verachtung entgegenbringt wie ihnen. Dass die Todesfälle aus den Pflegeheimen in der Statistik anfangs nicht erfasst wurden, sagt eine Menge aus. Wie schon während der Hitzewelle von 2003 weiß man auch jetzt oft nicht, wer woran zu Hause gestorben ist, wenn die Verstorbenen nicht oder erst ein paar Tage später gefunden werden, nachdem sich nach einer gewissen Zeit der Abwesenheit schließlich ein_e Nachbar_in oder eine Haushaltshilfe Sorgen gemacht hat.

Im Übrigen sind diejenigen, die sich im Alltag um die Alten kümmern, fast genauso wenig sichtbar wie die alten Menschen selbst. Nicht unwichtig ist hier die Feststellung des »Hohen Rates für die Gleichstellung von Frauen und Männern«, dass gerade in diesem Sektor die Aufteilung der sozialen Rollen offenkundig ist, woran auch deutlich wird, welche Bedeutung die Gesellschaft dieser Branche beimisst: »Die Menschen, die heute überwiegend das Gesundheitswesen unseres Landes am Laufen halten, die in direktem Kontakt mit den Kranken stehen, seien es Krankenschwestern, Pflegekräfte oder das Personal, das im Gastgewerbe oder in Reinigungsdiensten, in Krankenhäusern oder Pflegeheimen arbeitet, sind die Frauen.«²²

Dass diese soziale Tatsache von der Politik nicht wirklich beachtet wird, ist eine Untertreibung. Fragen der Bevölkerungsalterung und der Pflegebedürftigkeit werden gegenwärtig in erster Linie unter dem Aspekt der Kostenbelastung

betrachtet. Die einleitenden Worte des Rechnungshofs in einem Bericht von 2005 sind in dieser Hinsicht vielsagend: »Die französische Gesellschaft wird, wie die meisten westlichen Gesellschaften, dauerhaft durch diese Situation betroffen sein, die früher oder später alle Familien direkt oder indirekt zu spüren bekommen werden. Es handelt sich um eine medizinische, soziale und finanzielle Herausforderung, die immer noch weitgehend unterschätzt wird und die nur durch eine sorgfältig vorbereitete und gut konzipierte Politik bewältigt werden kann.«²³ Im Übrigen sind es die Rechnungsprüfer_innen des Rechnungshofs, welche die Wirksamkeit der staatlichen Politik bewerten.

Noch 2005 bestand die Alterspolitik vor allem darin, die staatliche Pflegebeihilfe APA auszuzahlen.²⁴ Diese Beihilfe erhalten pflegebedürftige Personen ab 60 Jahren. Sie wird von den Departements ausbezahlt und betraf zum damaligen Zeitpunkt 865.000 Personen. Selbstverständlich ist es, wie der Rechnungshof konzidiert, das Ziel der Politik, »die Versorgung von Pflegebedürftigen menschenwürdiger zu gestalten, zu modernisieren, medizinisch zu verbessern und effektiver zu machen«,²⁵ doch dass das System so ausschließlich auf Kosten ausgerichtet ist, hat schon etwas Erschreckendes. Im Jahr 2015 erhielten schon 1,3 Millionen Menschen die Pflegebeihilfe, davon mehr als 500.000 in Pflegeeinrichtungen. Die gesamten Ausgaben für die Pflegebeihilfe beliefen sich auf 5,6 Milliarden Euro, die durchschnittliche jährliche Summe pro Empfänger_in betrug 4.450 Euro.²⁶

Es ist in diesem angespannten wirtschaftlichen Kontext, in dem sich die Umwandlung der Solidarpolitik in eine Politik der Entwicklung von Wirtschaftsmärkten vollzieht. So scheint das Gesetz vom 28. Dezember 2015 über die Anpassung der Gesellschaft an die Alterung (ASV) ganz unterschiedliche Ziele zu verfolgen: Auf der einen Seite zielt das Gesetz zum Beispiel darauf ab, den Selbstbehalt von ärmeren und stark pflegebedürftigen älteren Menschen zu senken, und führt neue Hilfsmaßnahmen für pflegende Angehörige ein, die mehr Entlastung bei ihrer täglichen Pflegearbeit erhalten. Dennoch ist der von den Departementräten gezahlte Durchschnittsbetrag pro Leistungsempfänger_in zwischen 2011 und 2017 um 25 Euro zurückgegangen.²⁷

Auf der anderen Seite fördert das Gesetz die Entwicklung einer »Silver Economy«, deren vorrangiges Ziel die Profitabilität ist – wobei der Einzelne auf seine Eigenschaft als Konsument_in von Waren und Dienstleistungen reduziert wird.

²² Hoher Rat für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2020): *Le confinement: un révélateur des rôles sociaux des femmes et des hommes*, 14. April 2020; <http://www.haut-conseil-egalite.gouv.fr/violences-de-genre/actualites/article/le-confinement-un-reveleveur-des-roles-sociaux-des-femmes-et-des-hommes>

²³ Rechnungshof (2005): *Les personnes âgées dépendantes. Rapport au Président de la République*, November 2005, S. 9.

²⁴ Die »allocation personnalisée autonomie« wurde durch das Gesetz vom 20. Juli 2001 über die Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen und die individuelle staatliche Pflegebeihilfe eingeführt; siehe: Amtsblatt vom 21. Juli 2001.

²⁵ Rechnungshof, a. a. O., S. 11.

²⁶ Vgl. DREES (2017): *Les bénéficiaires et les dépenses de l'allocation personnalisée*, S. 49 ff.; <https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/fiche6-6.pdf>

²⁷ Vgl. DREES (2019): »Montants d'APA à domicile depuis 2011 : une ré-allocation au bénéfice des plus dépendants«, in: *Études et résultats*, Nr. 1118, Juli 2019, S. 5; <https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/er1118.pdf>

Wie es in dem Bericht im Anhang zum ASV-Gesetz heißt, »gibt es heute 15 Millionen Menschen über 60, 2025 werden es 18,9 Millionen und 2060 fast 24 Millionen sein. Die Zahl der Menschen über 85 wird sich bis 2050 fast vervierfachen und von heute 1,4 Millionen auf 4,8 Millionen steigen. 2060 wird ein Drittel der Menschen über 60 sein.«

Die höhere Lebenserwartung sei natürlich »ein beträchtlicher Fortschritt für die französische Gesellschaft«, aber darüber hinaus sei die sich daraus ergebende Umwälzung »auch ein Wachstumsträger und Auslöser einer wirtschaftlichen Entwicklung, welche die Bedürfnisse und Wünsche der älteren Menschen bedient. Die Langlebigkeit der Franzosen stellt ein großes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, aber auch in der Industrie dar«. Hier steht die Gewinnerzielung im Vordergrund, die aber – wie der ASV-Bericht hervorhebt – natürlich im Einklang mit Respekt vor den Menschen und dem ständigen Bemühen um die Verbesserung der Lebensbedingungen erfolgen soll. Auf diese Weise können wir »das Potenzial ausschöpfen, das der demografische Wandel für Wachstum und Beschäftigung darstellt«. Dabei reicht das sehr weite Feld der »Silver Economy« von fortschrittlichen Technologien der intelligenten Gebäudesteuerung und Robotik bis hin zu Wohnungsbau, Mobilität und auf Senior_innen zugeschnittenen Tourismus und ist daher ein »ständig wachsendes Gebiet, das sämtliche Märkte erfaßt«.

Hier verlässt der Bericht plötzlich den Rahmen der Solidarpolitik und offenbart das zugrunde liegende wirtschaftliche Denken. Selbstverständlich ist eine Marktorientierung nicht per se negativ zu bewerten. Aber es verwundert doch, dass ein auf Solidarität ausgerichtetes Gesetz einen eindeutig gewerbs- und unternehmensorientierten Diskurs einschlägt, der – zweifellos um das »Altern«, das wir nur noch unter wirtschaftlichen und technologischen Aspekten wertschätzen können, positiv darzustellen – bekräftigt, dass es darum gehe »die Altersökonomie so zu gestalten, dass sie in der Lage ist, einen Weltmarkt mit fast einer Milliarde älterer Menschen zu bedienen«, in dem »Frankreich zu einem weltweit führenden Land der Silver Economy« aufrückt.

Aus Sicht der Verfasser des Gesetzentwurfes, »stellt die Alterung der Gesellschaft zwar beträchtliche soziale und gesellschaftliche Herausforderungen dar, aber auch eine echte Chance für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Sie wird eine breite Nachfrage nach Produkten, Technologien und Dienstleistungen für ältere Menschen schaffen und zusätzlich zu einem vermuteten Anstieg der Sparquote führen, was wiederum profitable Investitionen in unserem Land fördern dürfte. Es wird erwartet, dass sich die Nachfrage nach neuen, an gesundheitliche Einschränkungen angepassten Wohnausstattungen, Produkten, Technologien und Dienstleistungen in den nächsten 20 Jahren verdoppeln und damit auch ein ganz neues Angebot schaffen wird. Das Ziel ist klar: einen Markt von mehr als 900 Millionen Senioren weltweit zu erreichen, hauptsächlich in den OECD-Ländern. Im Jahr 2050 wird es zwei Milliarden ältere Menschen geben. Um die stark wachsende Nachfrage zu befriedigen, passt sich gerade eine ganze Industriebranche an, sodass der Bedarf an

Produkten, Ausrüstungen und Technologien für ältere Menschen gedeckt werden kann. Das vorliegende Gesetz wird durch Maßnahmen zur Senkung der Selbstbehalte für ältere Menschen und ihre Familien, durch die Anhebung der APA-Beihilfe und durch eine bessere Finanzierbarkeit technischer Hilfsmittel dazu beitragen, dass eine stärkere Nachfrage nach neuen Produkten entsteht.« Und fertig ist die Umwandlung der sozialen Unterstützung älterer Menschen in eine strategische wirtschaftliche Investition, die das Bild eines alternden Menschen schafft, der nur noch als Verbraucher_in oder Produzent_in existiert.

IN DER SOLIDARPOLITIK MUSS EIN UMDENKEN STATTFINDEN

Heute stellt sich die Frage nach den Folgen dessen, was Paul Virilisa den »eigentlichen Unfall« nannte.²⁸ Ein Unfall, der uns – falls wir nicht bereits davon überzeugt waren – brutal die Endlichkeit des Lebens vor Augen führte – nicht nur auf individueller, sondern auch auf kollektiver Ebene.

Da wir die Alten bewusst »unter den Teppich gekehrt« haben, gilt es jetzt die Grundlagen einer Gesellschaft zu errichten, die sie wieder ans Licht bringt. »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen«, heißt es in Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Artikel 25 fügt speziell auf die Rechte älterer Menschen bezogen hinzu: »Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.« Das bringt natürlich steigende Ausgaben für die Betreuung älterer Menschen mit sich. Wie der Rechnungshof 2005 feststellte, »ergibt sich der Kostenanstieg in erster Linie aus der notwendigen Aufstockung des entsprechenden Personals. Es müssen nämlich sowohl die steigende Zahl pflegebedürftiger älterer Menschen bewältigt als auch der Betreuungsschlüssel verbessert werden, um eine bessere Qualität der Pflege zu gewährleisten.«²⁹ Dieser letzte Punkt stellt in unserer Politik ein Problem dar.

Um die gemachten Fehler auszugleichen, ist es unerlässlich, sich von dem vorherrschenden wirtschaftlichen Paradigma zu lösen und wieder an soziale Gerechtigkeit anzuknüpfen. Grundlage sollte insbesondere die von Cynthia Fleury oder auch Alain Supiot entwickelte »Care-Philosophie« bzw. die »Ethik der Fürsorge« sein.³⁰ Mit dem Konzept der sozialen Gerechtigkeit können wir den ökonomischen Zwängen entkommen und eine menschlichere Sichtweise der Fürsorge mit Substanz füllen, die dazu führt, dass das Vertrauen in die Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit erhalten bleibt,

²⁸ Paul Virilio (2005): *L'Accident originel*, Paris, Galilée, S. 49.

²⁹ Rechnungshof, a. a. O., S. 20.

³⁰ Vgl. Cynthia Fleury (2018): »Le care, au fondement du sanitaire et du social«, in: *Soins*, Nr. 826, Juni 2018, S. 51; Alain Supiot (Hrsg.) (2015): *La Solidarité, Enquête sur un principe juridique*, Paris, Odile Jacob; derselbe (2019): *La Force d'une idée*, Paris, Les Liens qui libèrent; sowie derselbe (2019): *L'Idée de justice sociale d'Alfred Fouillée*, Paris, Les Liens qui libèrent.

gerade in einer Zeit, in der viele Menschen den Rechtsstaat aus irrationalen Gründen ablehnen.³¹

Dass das Betreuungspersonal außerhalb der Wahrnehmung im »Unsichtbaren« bleibt, ist allgemein bekannt. Und hat sehr wohl auch zu Konsequenzen geführt. So ist beispielsweise in einem Bericht vom März 2019 festgehalten, dass die Attraktivität der Pflegeberufe oberste Priorität haben und die Zahl der Pflegekräfte bis 2025 um 25 Prozent erhöht werden müsse.³² Der Gedanke der »Fürsorge« ist von wesentlicher Bedeutung in einer Zeit, in der die Wirtschaft sich auf eine Altersökonomie vorbereitet. Der erwähnte Bericht unterstreicht diesen Fürsorge-Gedanken, wenn es um die notwendige Entwicklung eines präventiven Ansatzes geht: »Prävention wird derzeit in der Alterspolitik nur unzureichend berücksichtigt. Das Präventionsangebot sollte den neuen Ansatz des ICOPE-Programms (*Integrated care for older people*) der WHO einbeziehen. Auch sollte es gemeinsame Maßnahmen umfassen, welche die ärztliche und die präventive Seite miteinander kombinieren und sich auf eine individuelle Bedarfsanalyse stützen.«³³

Zu klären bleibt die Frage, wie eine solche Politik ausgestaltet werden kann, ohne sie wieder in das Korsett der Quantifizierbarkeit zu zwängen, dass jegliches staatliche Handeln einengt. So ist es unabdinglich, die enormen Leistungen der Pflegekräfte oder die unverzichtbare soziale Rolle älterer Menschen in Vereinen zu würdigen. Doch wie kann dies gelingen, ohne dabei erneut ausschließlich auf ökonomische Optionen wie Gehaltsprämien oder Steuerbefreiungen zu setzen, die von den Betroffenen gar nicht unbedingt gefordert werden? Dies wirft die viel umfassendere Frage auf, wie Taten und Menschen wertgeschätzt und anerkannt werden können, statt sie nur auf ihre rein monetäre Bedeutung zu beschränken. Man könnte den Pflegekräften beispielsweise ein Recht auf mehr Ruhepausen einräumen oder bestimmten Freiwilligen eine symbolische Anerkennung zukommen lassen, wie sie auch jungen Menschen im Zivildienst gewährt wird, die am 14. Juli bei der Parade auf den Champs-Élysées mitlaufen dürfen. Aber die Frage der Anerkennung geht tiefer und wird Gegenstand einer ausführlichen gesellschaftlichen Debatte sein müssen.

Die »Silver Economy« offenbart hinter all dem politischen Pathos in erster Linie eine rein geschäftliche Sichtweise auf das Altern, in der Investitionen einen wirtschaftlichen Ertrag und eine günstige Marktpositionierung versprechen. Im Grunde muss man sich die Frage stellen, ob durch dieses Konzept, das die Alten gezielt in gewinnbringende Konsummaschinen umfunktioniert, nicht eine Art »Grey Washing« unseres gesellschaftlichen Verhaltens erzielt werden soll. Zwar haben

wir das Bedürfnis, unsere Sicht auf das Altern zu verbessern und alte Menschen sozial wertzuschätzen, tun dies aber immer nur mit Rückgriff auf den Markt. Dass sich betroffene Unternehmen für ältere Menschen einsetzen, scheint eine lohnende Aufgabe zu sein, da sie sich dadurch von ihrer sozialen Seite zeigen können – tatsächlich kommen sie aber lediglich ihrem wirtschaftlichen Auftrag nach.

Die Lösung liegt in einer Korrektur der staatlichen Politik, insbesondere der Alterspolitik. Wir müssen unser Verhältnis zum Altern von rein ökonomischen Aspekten lösen und den Sinn für Solidarität und zwischenmenschliche Verbindungen wiedergewinnen, auch und ganz besonders zwischen den Generationen. Es ist erschreckend, wie die Politik in diesem Bereich bislang auf ganzer Linie versagt hat, zum Beispiel beim »Generationenvertrag«, dem Vorzeigeprojekt von François Hollande von 2012. Pascal Bruckner zufolge erfordert die durch die Alterung ausgelöste Umwälzung »eine ständige Verflechtung der Generationen durch die Bande der Freundschaft, des gegenseitigen Interesses und des Gesprächs«³⁴. Somit müssen intergenerationelle Fragen unbedingt zu einem zentralen Querschnittsthema öffentlicher Politik gemacht werden.

Den Gedanken der Fürsorge weiterzuentwickeln, erfordert zuallererst eine eindeutige Definition der Ziele der Alterspolitik. Dazu müssen insbesondere die bestehenden Regelungen vereinfacht werden, die in vielen Fällen erschreckend kompliziert sind. Der Evaluierungsbericht zum Pflegegesetz weist beispielsweise auf die Komplexität der gesetzlichen Regelungen hin, durch die es erschwert wird, die Wirkungen des Gesetzes zu bewerten.³⁵ Ohne zu wissen, wo die gesetzlichen Regelungen sinnvoll oder unzureichend sind, wird es jedoch schwierig, diese weiterzuentwickeln. Darüber hinaus ist eine ernsthafte Überprüfung der Evaluierungskriterien für Führungskräfte erforderlich. Derzeit werden staatliche und private Verantwortliche so sehr nach rein quantitativen Kriterien bewertet, dass dies fast an eine Karikatur grenzt. So hört man immer wieder, dass die Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen von Patient_in zu Patient_in rennen müssen, sie die Patient_innen nur noch wie Objekte und nicht mehr wie Menschen behandeln und ihnen nur noch die nötigste Versorgung zukommen lassen können. Die Aufgaben sind zeitlich eng getaktet und die Wirkung und Bedeutung der zwischenmenschlichen Bindung wird gänzlich außer Acht gelassen. Im Krankenhausbereich vollzog sich Mitte der 2000er-Jahre eine Wende, als im Rahmen der Krankenhausreform beschlossen wurde, die Leitung nicht mehr Mediziner_innen, sondern Manager_innen zu übertragen. Nun galten die Methoden des Privatsektors; aus dem öffentlichen Dienst wurde eine Dienstleistung, die profitabel oder zumindest »gut gemanagt« sein musste. Natürlich ist es sinnvoll, auf die öffentlichen Ausgaben zu achten, aber

31 Antoine Peillon/Cynthia Fleury (2019): »Ne pas soutenir le soin, c'est ruiner la solidarité«, in: *La Croix*, 28. Juni 2019; <https://www.la-croix.com/France/Initiatives-et-solidarite/Cynthia-Fleury-Ne-pas-soutenir-soin-cest-ruiner-solidarite-2019-06-28-1201032006>

32 Vgl. Dominique Libault, *Concertation grand âge und autonomie*, Bericht vom März 2019; https://solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/rapport_grand_age_autonomie.pdf

33 Ebd., S. 51; zum WHO-Programm siehe <https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/258981/9789241550109-eng.pdf>

34 Pascal Bruckner (2019): *Une brève éternité. Philosophie de la longévité*, Paris, Grasset.

35 Vgl. A.-C. Bensadon/C. Daniel/F. Scarbonchi (2017): *Évaluation de la mise en œuvre de la loi d'adaptation de la société au vieillissement pour le volet domicile*, Inspection générale des affaires sociales; <http://www.igas.gouv.fr/spip.php?article624>

Einsparungen sollten immer auch Sinn ergeben, was hier offensichtlich in Vergessenheit geraten ist. Das führte sogar dazu, dass mitten in der Coronavirus-Krise der Leiter einer regionalen Gesundheitsbehörde meinte an der Notwendigkeit, das Krankenhauspersonal zu reduzieren, selbst in dem Moment festhalten zu müssen, als das Krankenhaus bereits die Personalreserve in Anspruch nahm, um seinen Personalmangel auszugleichen.

Diese quantitativen Kriterien werden in gleicher Weise auf die Leiter_innen öffentlicher Krankenhäuser angewendet, die nach ihrer Fähigkeit beurteilt werden, buchhalterische Ziele zu erfüllen. Eine möglichst geringe Verschuldung und andere finanzielle Kriterien sind zum Selbstzweck geworden. Wäre dies ein erfolgreiches Konzept, wären die Staatsschulden sicher bereits zurückgegangen – stattdessen sind sie schon vor der Krise immer weiter gestiegen. Daran zeigt sich das Scheitern eines allein auf Sparen und betriebswirtschaftliche Kriterien ausgerichteten Ansatzes. Niemand hat sich daran gestört, dass im Siegestaumel des betriebswirtschaftlichen Denkens verbeamtete Krankenhausleiter_innen erklärten, es gebe – abgesehen von der Buchhaltung – zu viele Beamt_innen in den Krankenhäusern. Doch nicht die Buchhalter_innen pflegen die Patient_innen, bereiten ihnen Mahlzeiten zu, muntern sie täglich auf ... Wir haben tatsächlich verlernt, über die einschnürende »Herrschaft der Zahlen« hinauszudenken, die jede Diskussion über nicht quantitative Ziele staatlicher Politik in den Hintergrund drängt.

Das buchhalterische Paradigma, in dem wir uns verfangen haben, lässt sich an der Bedeutung ablesen, die der Jahresbericht des Rechnungshofs in der medialen Berichterstattung einnimmt. Es ist befremdlich, dass die Rechnungsprüfer des Rechnungshofs hier so sehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, obwohl doch der Verfassungsrat, der Conseil d'État und der Kassationsgerichtshof ebenfalls Jahresberichte veröffentlichen, ohne dass diese die Kommentator_innen auch nur entfernt interessieren würden oder es eine mediale Aufmerksamkeit für diese für Demokratie und Rechtsstaat so essenziellen Institutionen geben würde. So ist in der Beurteilung staatlichen Handelns der Zustand der öffentlichen Finanzen an die Stelle der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der Garantie der Rechtsstaatlichkeit getreten. Hoffen wir, dass wir uns durch die Corona-Krise dessen zumindest bewusst werden.

»Wie lässt sich garantieren, dass Leistungsmaximierung immer das beste Ziel für das Sozialsystem ist?«, fragte Jean-François Lyotard.³⁶ Hier müssen der Ausdruck »Leistungsmaximierung« und die entsprechenden Bewertungsmethoden dringend hinterfragt werden. Ist die Alterspolitik lediglich dafür da, finanzielle Ergebnisse zu liefern, oder auch dafür, dass die Menschen weiterhin in Würde und mit Lebensfreude leben können?

Diese von Lyotards Ende der 1970er-Jahre aufgeworfene Frage ist nun im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts aktueller denn je. Diesbezüglich ist auch relevant, was der Arbeitsmediziner und Psychiater Christophe Dejours »die Schäden durch Beurteilung« nennt. Die Vorstellung von Leistung sei völlig ausgeartet, erklärt Dejours, dem zufolge »die Manager oftmals die reale Arbeitswelt verdrängen, indem sie Erfahrungswerte ausblenden oder sogar erfahrene Arbeiter [...] oder ältere Mitarbeiter zum Schweigen bringen, wie es in Krankenhäusern, bei der Sozialversicherung oder im Bankwesen häufig geschieht, unter dem Vorwand, dass diese sich vor dem Wandel sträuben – dem Wandel, der darin besteht, die Forderungen des Managements durchzusetzen –, um dann schmeichelhafte Bewertungen zu erhalten, die oft nur noch einen losen Bezug zur Realität aufweisen«³⁷. Alain Supiot kommt zu dem gleichen Schluss, wenn er die strukturellen Auswirkungen der »Herrschaft der Zahlen« untersucht, die »zu einer von der Erfahrung losgelösten numerischen Darstellung der Welt führt«³⁸.

Das ist nicht unwichtig: Erschöpfte Mitarbeiter_innen verrichten ihre Arbeit weniger gut, haben keine Freude mehr daran, finden keinen Sinn in ihrer Aufgabe – genau das, was 2018 die oben zitierte Studie von Mergier, Fourquet und Morin ergeben hat. So sind es am Ende die Patient_innen, welche die Folgen der Anforderungen zu tragen haben, die von der Bewertung nach quantitativen Aspekten ausgehen. »Time is money«, sagte Benjamin Franklin, dessen Bildnis auf dem symbolträchtigen Dollarschein prangt. Die Qualität der Arbeit ist für dieses Ziel von geringer Bedeutung. Es ist sicher kein Zufall, dass – wie die Gesundheitsbehörde 2011 feststellte » der mit Abstand meist genannte Grund für die Unzufriedenheit von Pflegeheimbewohnern die Seltenheit von Ausflügen war«³⁹. Ausflüge kosten eben Zeit und damit Geld ...

An Vorschlägen zur Verbesserung der Lage älterer Menschen und für eine Politik, die ihnen einen Platz in der Gesellschaft einräumt, mangelt es nicht. Aber es gibt eine Vorbedingung. Ähnlich wie es beispielsweise im Bereich der Umweltpolitik mit der Schaffung eines »Umweltgerichtshofs« vorgeschlagen wurde, könnte ein neuer Bewertungsansatz im Pflegebereich auch die Qualität prüfen, die dann wiederum bei der staatlichen Förderung von Einrichtungen berücksichtigt werden könnte. Denn die viel zu seltenen Besuche der Kontrolldienste reichen dafür eindeutig nicht aus.

Ebenso ließe sich in Betracht ziehen, dass die Patient_innen und ihre Familien die erbrachten Dienstleistungen regelmäßig benoten und das Personal seinerseits die Qualität des Arbeitsplatzes bewertet. Dies würde vielleicht dazu anregen, die Pflegeheime nicht weiter wie Krankenhäuser zu führen, sondern eher wie ein Hotel, in dem die Einrichtung als ein

³⁶ Jean-François Lyotard (1979): *La Condition postmoderne*, Paris, Éditions de Minuit.

³⁷ Christophe Dejours (2003): *L'Évaluation du travail à l'épreuve du réel. Critique des fondements de l'évaluation*, Paris, INRA éditions, S. 45.

³⁸ Alain Supiot (2015): *La Gouvernance par les nombres. Cours au Collège de France (2012–2014)*, Paris, Fayard, Sfg. »Poids et mesures du monde«, S. 246.

³⁹ Vgl. DREES, 2011.

Ökosystem solidarischen Lebens verstanden wird, zu dem auch alles durchdringt, was außerhalb geschieht. So würde auch zur Kenntnis genommen, dass die Familien sich immer mehr von den Pflegeheimbewohner_innen entfernen, weil es dort keinen Ort gibt, der für längere Besuche – erst recht der Enkelkinder – geeignet wäre.

Durch eine solche Entwicklung könnten wir unsere rein wirtschaftliche Sicht auf die Menschen überwinden und aus den Pflegeeinrichtungen Orte des Lebens und nicht des Lebensendes schaffen. Warum eine Benotung? Weil hinter der Fürsorge immer die Pflegekräfte stehen, die sich heutzutage oft am unteren Ende der sozialen Leiter befinden, mit wenig oder gar keiner Anerkennung für ihren Beitrag zur Gemeinschaft. Zudem muss über die Verbesserung der Vergütung hinaus die soziale Anerkennung, die wir allen schuldig sind, Teil der Pflege sein. Es sollte deshalb nicht den oberen Führungsebenen vorbehalten sein, das Pflegepersonal in jährlichen Gesprächen zu bewerten. Überhaupt sollten wir mehr über zwischenmenschliche Bindungen und über soziale Gerechtigkeit nachdenken, die wir so dringend brauchen.

Die Studie wurde erstmals im April 2020 von der Jean-Jaurès-Stiftung unter dem Titel **«Viellissement: sortir du grey bashing comme du grey washing»** veröffentlicht.

ÜBER DIE AUTOREN

Chloé Morin, Mitglied des *Observatoire de l'opinion* (Observatorium für öffentliche Meinung) der Jean-Jaurès-Stiftung. Ehemalige Beraterin für öffentliche Meinung im Kabinett der Premierminister Jean-Marc Ayrault und Manuel Valls.

Daniel Perron, Mitglied des *Observatoire de l'agriculture et du monde rural* (Observatorium für Landwirtschaft und ländliche Gegenden) der Jean-Jaurès-Stiftung, Jurist, Experte für Ernährungspolitik.

Bellais, Renaud

Dienstplicht statt Wehrpflicht

Der Service national universel in Frankreich

Le Bras, Hervé und Warnant, Achille

Ungleiches Frankreich

Radiografie der sozioökonomischen und regionalen Disparitäten

Laurent, Éloi

Kommunen und sozial-ökologische Wende

Erfahrungen aus Frankreich

Bréchon, Pierre

Die Werte der Franzosen

Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben

Paris, 2020

Rosignol, Laurence; Fourtic, Yseline

Politische Parität in Frankreich

Was ein Gesetz kann - und was nicht

Paris, 2020

Guillou, Antoine

Eine wirksame und gerechte CO₂-Steuer

Paris, 2020

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:

fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Gliniasty, Jean de

Die Russlandpolitik Präsident Macrons

Paris, 2020

Rémi Lefebvre

Gelbwesten und politische Repräsentation

Paris, 2019

Fourquet, Jérôme; Manternach, Sylvain

Die »Gelbwesten«

Ein Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung

Frankreichs

Paris, 2019

Finchelstein, Gilles

Profil der Anhänger von La République en Marche

Paris, 2019

Finchelstein, Gilles

Profil der Anhänger der Sozialistischen Partei

Paris, 2019

können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegelgespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog«) und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

FÜR EINEN NEUEN BLICK AUF DAS ÄLTERWERDEN

Überlegungen im Nachgang der Covid-Krise in Frankreich



Kontaktsperrn und das massenhafte Sterben von älteren Menschen während der Covid-Krise haben in Frankreich ein Nachdenken über unseren Umgang mit älteren Menschen angestoßen. Hinterfragt wird die mehr oder weniger bewusst gezogene Grenzziehung zwischen einer »gesunden«, »aktiven« Gesellschaft auf der einen Seite und den – vermeintlich – »gebrechlichen«, »passiven« Alten, die den Anforderungen der aktiven Gesellschaft mit ihrem Primat der Schnelligkeit und ständigen Bewegung nicht mehr folgen können.



Dass es mehrere Wochen dauerte, bis in der Zählung der Todesopfer der Covid-Pandemie die Zahlen der in Pflegeheimen verstorbenen älteren Menschen hinzugerechnet wurden, unterstreicht, wie sehr wie gewohnt sind, das – im Alter erwartete – Sterben im Verborgenen geschehen zu lassen, und die alltägliche Pflege der Alten ebenso im Verborgenen verbleibenden – meist weiblichem – Pflegepersonal zu überlassen.



Die vorherrschende Sicht auf das Älterwerden ist von wirtschaftlichen Aspekten geprägt. Zum einen wird die Organisation der Pflege älterer Menschen vorrangig buchhalterischen Kriterien unterworfen; zum anderen wird das Potential der sozialen Unterstützung der Senior_innen für eine »Altersökonomie« betont, die sich aus der Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen ergibt. Gegenüber diesem vorherrschenden wirtschaftlichen Paradigma sollte wieder stärker an sozialer Gerechtigkeit angeknüpft und eine menschlichere Sicht der Fürsorge entwickelt werden.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fesparis.org